Andrea Nahles **Barbara Hendricks** **Astrid Klug**

12.06.2011

Die SPD erneuert sich

I. Bestandsaufnahme

Auf dem Parteitag 2009 in Dresden haben wir beschlossen, eine Parteireform auf den Weg zu bringen, genauer gesagt: eine weitere Parteireform. Denn in den letzten 20 Jahren haben wir uns bereits vier Mal auf den Weg gemacht, organisationspolitische Fragen anzugehen: Karl-Heinz Blessing 1992/93 unter dem Titel „SPD 2000". 1994/95 die Kommission zur Mitgliederentwicklung unter Leitung von Christoph Zöpel. Im Jahr 2000 Franz Münteferings Projekt „Demokratie braucht Partei". 2005 die Arbeitsgruppe von Kurt Beck „Für eine lebendige, kampagnenfähige Mitgliederpartei". Sie alle haben wertvolle Erkenntnisse gebracht.

Seit dem Parteitag in Dresden haben wir vor allem vier Leitsätze befolgt:

1. **Zunächst haben wir unsere Basis befragt.** Erstmals in der Geschichte der SPD haben wir alle Ortsvereine und Unterbezirke nach ihrer Arbeitsweise und ihren Erwartungen an die SPD befragt. Zudem wurde die Basis durch 7 Werkstattgespräche einbezogen, an denen alle Ebenen der Partei mitgewirkt und Ideen entwickelt haben. Außerdem haben wir zwei Konferenzen der Unterbezirke durchgeführt.

2. **Wir werden nicht nur punktuell etwas verändern, sondern einen andauernden Veränderungsprozess anstoßen.** Die Vorschläge früherer Reformen sind in unsere Arbeit eingeflossen. Nicht selten erschöpfte sich der Reformprozeß mit einer Änderung der Satzung. Das reicht uns nicht. Es geht 2011 nicht in erster Linie um Satzungsänderungen, sondern um

Praxisänderungen. Die Entwicklung unserer Organisation muss genauso zur Daueraufgabe werden wie die Weiterentwicklung unserer Programmatik.

3. **Wir ermutigen alle Gliederungen, neue Wege zu gehen.** Wir wollen die Mitglieder motivieren und ihre Beteiligungsmöglichkeiten stärken. Wir wollen mit der Energie unserer Mitglieder gehen, nicht gegen sie. Die vorhandene Kraft werden wir produktiv nutzen. Es geht nicht um die einen gegen die anderen. Es geht um das gemeinsame große Ziel, die Sozialdemokratie so überzeugend und schlagkräftig wie möglich zu machen.

4. **Wir entwickeln ein positives, realistisches und selbstbewusstes Bild unserer Partei.** Statt der Vergangenheit nachzuhängen, müssen wir die Gegenwart ehrlich analysieren und die Chancen für die Zukunft nutzen. Wenn wir uns im Jahr 2011 unter dem Eindruck einer sich wandelnden deutschen Gesellschaft erneut auf den Weg machen, unsere Arbeit zu verändern, müssen wir einen realistischen Blick auf uns werfen.

II. Neue Landkarte

Die **Ausgangslage** für das Wirken von Parteien und insbesondere der SPD hat sich geändert:

- Die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an politische Teilhabe sind gewachsen. Sie sind selbstbewusster geworden und wollen sich nicht einfach in eine Organisation „einfügen". Mitglieder und Sympathisanten wollen Wirkung entfalten. Großorganisationen müssen sich darauf einstellen, dass sie immer mehr Motoren und immer weniger Zahnräder haben, als das früher der Fall war.

- Die Arbeitswelt hat sich verändert. Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten sind unberechenbarer geworden. Das Leben ist mehr denn je in Bewegung und immer weniger planbar. Ein Fünftel der unter 30-jährigen wohnt weniger als 3 Jahre am

gleichen Ort. Eine bewegliche Gesellschaft und eine starre Parteiorganisation, das geht immer weniger zusammen.

- Auch haben sich die Rollenbilder in unserer Gesellschaft verändert. Gott sei Dank. Auch Dank der SPD. Junge Frauen und Männer wollen in einer neuen Partnerschaftlichkeit leben. Sie wollen gleichberechtigt berufliche Chancen wahrnehmen und sich gemeinsam ihren Kindern widmen. Politische Teilhabe muss sich an den Takt dieser modernen Familien gewöhnen.

- Unsere Demokratie hat immer mehr weiße Flecken. Wir sollten kein Traumbild von ihr zeichnen. Immer mehr Menschen nehmen nicht mehr an der demokratischen Willensbildung in unserem Land teil. Soziale Ausgrenzung und demokratische Abkopplung gehen hier oftmals Hand in Hand. Das hält unsere Demokratie auf Dauer nicht aus. Und: Keiner Partei schadet das so sehr wie der SPD. Vielen dieser Bürgerinnen und Bürger fehlen Zuversicht und Vertrauen, aber oftmals teilen sie unsere Werte. Darum müssen wir wieder stärker um sie und für sie kämpfen.

Darauf müssen wir reagieren.

III. Ziele der Reform

Wir wollen für Politik begeistern. Es soll Freude machen, in der SPD mitzuwirken. Dazu müssen wir unsere innerparteiliche Kultur verbessern.

Um das zu erreichen, muss die Parteireform **Veränderungsfähigkeit herstellen**. Die SPD muss in die Lage versetzt werden, die Reform der Parteiarbeit nicht als einmaligen „Eingriff" zu sehen, sondern als ständigen Verbesserungsprozess.

Besonders wichtig ist eine neue Beteiligungskultur in der Partei. Eine starke **Demokratie als gesellschaftliches wie innerparteiliches Reformprojekt** muss zu unserem Markenkern werden.

Durch eine stärker auf Partizipation ausgerichtete Bildungsarbeit wird echte Teilhabe erst möglich. In diesem Sinne brauchen wir eine **neue Organisationskultur**.
Wir sind die Partei der Mitglieder und müssen dort eine Organisation für unsere Mitglieder werden, wo wir es noch nicht sind. Diesen Weg müssen wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern gehen.

Beteiligungsmöglichkeiten in der SPD müssen erweitert werden. Dabei geht es nicht nur darum, die Türen zu öffnen, sondern auch unsere Partei „relevant zu machen", damit die Menschen Interesse haben, durch die Türen zu gehen. Zusätzlich ist eine **professionelle Ansprache und Betreuung unserer Mitglieder** notwendig.

Unsere **Kampagnenfähigkeit** muss gestärkt werden. Dabei geht es weniger um die Qualität werblicher Maßnahmen, als darum, eine breit in der Organisation verankerte „sozialdemokratische Geschichte" zu formulieren. Das macht uns in Alltagsdebatten sprach- und argumentationsfähig . Kampagnenfähigkeit heißt, dass wir alle in der SPD in unserem eigenen Umfeld sozialdemokratische Überzeugungsarbeit leisten können und Lust darauf haben. Dadurch kann die SPD nachhaltig motivieren und begeistern.
Innovationen in unserer Arbeit sollen auch finanziell gefördert werden. Dafür werden wir einen Fonds einrichten, in den ein Anteil der Mitgliedsbeiträge fließt.

Wir **organisieren Sympathisanten**, weil wir uns neben der Parteifunktion auch als Teil der Zivilgesellschaft verstehen. Wir stellen Menschen, die politisch aktiv werden wollen, Ressourcen bereit, auch wenn diese nur wenig Zeit einbringen wollen oder können. Diese können sich an themenspezifischen Aktivitäten und Kampagnen beteiligen. Wir **sprechen auch Gruppen an, die sich bislang überwiegend nicht bei uns heimisch fühlen**. Dafür muss es Inhalte und Botschaften der SPD geben, die für

Aktive aus diesen Bereichen attraktiv sind und es müssen passende Angebote zur Mitarbeit in der SPD geschaffen werden.

Die **Demokratiekultur in unserer Partei** muss weiter entwickelt werden, auch durch eine **Politisierung der Arbeit**, nicht zuletzt in den Ortsvereinen und Unterbezirken. Ein Mitgliederentscheid zu Sachthemen kann dabei helfen. Dabei muss eine realistische Einschätzung erfolgen, eventuell regional differenziert, ob die Ortsvereins- oder die Unterbezirksebene künftig die zentrale Aktivitätsebene der Basisarbeit darstellt.

Unsere Arbeitsformen müssen eine **Mitarbeit über verschiedene Biografiephasen** ermöglichen.

Wir sind die Kümmererpartei. Es gibt eine wachsende demokratische Spaltung im Land. Während viele gut gebildete Bürger/innen neue Formen des Austauschs und des Engagements (auch, aber nicht nur im Internet) entwickeln, fühlen sich vor allem bildungsfernere und sozial benachteiligte Gruppen von „der Politik" im Stich gelassen. Das werden wir nicht hinnehmen. Wir **gebenbislang eher politikferne Gruppen und Nichtwähler nicht verloren.** Wenn diese nicht über eine Veränderung der Arbeitsformen allein erreichbar sind, muss auch über eine Ansprache und Aktivierung durch hauptamtliche und ehrenamtliche Aktive (‚Organizer') vor Ort nachgedacht werden, also Mitarbeiter/innen, deren Aufgabe es ist, Menschen wieder zu politischer Arbeit oder der Teilnahme daran zu bewegen. Wer sagt, er lasse niemanden zurück, muss das auch im Bemühen um die Wahlbeteiligung nachhaltig unter Beweis stellen.

Wir **verbessern die Kommunikation in der Partei** und ermöglichen einen stärkeren Austausch zwischen den Ebenen.

Es soll in der SPD in Zukunft vermehrt politische Angebote jenseits des Regionalprinzips geben. Dabei geht es nicht um den weiterhin von unten nach

oben wirkenden demokratischen Entscheidungsweg, aber beispielsweise um die Schaffung von Themenforen auf Bundesebene mit regionaler Verankerung oder um Online-Vernetzung und Treffen auf Regional- und Bundesebene. Denkbar ist zum Beispiel, Sympathisanten und Umfeld der Sozialdemokratie durch ehrenamtliche Mitglieder in Themencommunities on- und offline zu organisieren. Einen ersten Versuch bringen wir mit dem Projekt fem.net für junge Frauen auf den Weg. Wir wollen auch prüfen, ob eine Mitgleidschaft unabhängig von einem Ortsverein im Rahmen des Parteiengesetzes möglich gemacht werden kann.

Wir brauchen ein **parteiweites Wissensmanagement.** Zu viele wertvolle Kenntnisse und Kontakte über die Mitglieder und von Mitgliedern bleiben bislang ungenutzt. Ein solches Wissensmanagement kann nicht von oben nach unten erfolgen, sondern muss allen Teilen der Partei Zugänge ermöglichen. Dazu ist eine **neue Vertrauens- und professionelle Kooperationsstruktur** notwendig.

Wir wollen ein bundesweites **Serviceangebot** für die Betreuung und Begleitung von Mitgliedern aufbauen. Nichts ist kostbarer für eine Partei als die eigenen Mitglieder. Hier ist eine Professionalisierung notwendig – auch weil es erhebliche und größer werdende regionale Unterschiede und Lücken in der Betreuung von Mitgliedern gibt.

Die Finanzen müssen stimmen. Die regional unterschiedliche Stärke der SPD, die Entwicklung unserer Finanzkraft und die Veränderungen der organisatorischen Leistungsfähigkeit machen eine neue solidarische Lastenverteilung notwendig.

IV. Diskussionsgrundlage für ein Organisationspolitisches Grundsatzprogramm (Anmerk.: Dies ist noch nicht der Leitantrag des Parteivorstandes zum Bundesparteitag der SPD Anfang Dezember)

Für unsere zukünftige Arbeit ist organisationspolitisches Selbstbewusstsein wichtig. Wir haben deshalb einen Entwurf für ein **„Organisationspolitisches**

Grundsatzprogramm“ erarbeitet, der ähnlich wie beim Hamburger Programm diskutiert und dann verabschiedet werden soll. Es zeigt auf, wie wir unsere Partei stärken können, um unsere Grundsätze am besten zu verwirklichen. Es stößt die Tür zu neuen Wegen auf. Es ist zukunftsgewandt. Es nimmt mit und ermuntert zur Mitarbeit in der Partei mit der längsten demokratischen Tradition in Deutschland, die sich den Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verschrieben hat. Und die genau für diese Ziele immer neu um Mehrheiten kämpft.

Organisationspolitisches Grundsatzprogramm der SPD

- 1. Diskussionsentwurf -
Stand 12.6.2011

Die SPD zum Mitgestalten

Unsere Partei lebt durch ihre Mitglieder. Sie prägen das Gesicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Jede Einzelne und jeder Einzelne von ihnen verkörpert das, wofür unsere Partei steht: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir sind und bleiben eine Mitgliederpartei.

Je aktiver unsere Mitglieder sind, desto mehr lebt die Partei. Doch Engagement entwickelt sich nicht von selbst.
Wir wollen deshalb unsere Mitglieder motivieren. Sie in die Lage versetzen, sich für unsere gemeinsamen Ziele zu engagieren. Wir bieten eine Kultur, die Mitglieder willkommen heißt, einführt, fördert und belohnt. Dazu gehört, dass sie über Kurs und Personal der Partei mit entscheiden können.

Unsere Mitglieder sollen ihre Zeit bei uns sinnvoll verbringen und sich vor allem selbst einbringen können. Dazu gehört, dass wir das Wissen und die Kompetenz unserer Mitglieder abrufen. Und das fängt in den Ortsvereinen an. Es macht Freude, bei uns mitzuwirken.

Über das Engagement unserer Mitglieder hinaus brauchen wir möglichst viele weitere Mitstreiter. Wir machen Politik nicht nur für uns. Deshalb vertrauen wir nicht nur auf uns.
Wir setzen unsere Anliegen umso eher durch, je mehr Bündnispartner wir haben. Wir vernetzen uns stärker als bisher mit Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen und

Initiativen, die ähnliches wollen wie wir. Wir fördern Selbstständigkeit, statt zu vereinnahmen.
Wir wollen politisches Engagement ermöglichen. Das bedeutet, offen für diejenigen zu sein, die sich engagieren wollen, ohne gleich Mitglied zu werden. Wir sind eine Anlaufstelle für Verbesserer. Auch wenn diese Verbesserer kreativer und unkonventioneller sind, als wir uns das manchmal selbst zutrauen. Statt zu bevormunden und zu vereinnahmen, hören wir mehr zu. Wir beteiligen insbesondere diejenigen, die oft keine Stimme haben.
Dabei ist klar: Es lohnt sich besonders, Mitglied zu sein. Mitglieder werden gefördert und qualifiziert, nur sie besetzen Ämter und können mehr entscheiden.

Die Volkspartei SPD will auch innerhalb ihrer Mitgliedschaft vielfältiger werden. Mit bloßem Willen und schönen Worten ist es nicht getan. Stattdessen schaffen wir attraktive Angebote zur Mitarbeit. Wir gehen dahin, wo die Leute sind. Und das bedeutet auch, die vielfältigen Chancen des Internets zu nutzen, online zu diskutieren und uns an kreativen Veranstaltungsformen zu beteiligen. Einen Online-Mitgliederentscheid schließen wir hierbei jedoch aus.

Die Ansprüche an Politik haben sich gewandelt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen sich nicht langfristig im Politikbetrieb bewähren, sondern unmittelbar gesellschaftliche Entscheidungen beeinflussen.
Sie wollen schnell Lösungen für Probleme erreichen, die ihnen unter den Nägeln brennen.
Statt dieser gesellschaftlichen Entwicklung hinterher zu laufen, gehen wir ihr voran. Wir kümmern uns um handfeste Probleme vor Ort. Und beziehen dabei möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ein. Wir erleichtern den Einstieg in unsere politische Bewegung und werden ein Sammelbecken für diejenigen, die sich im sozialdemokratischen Sinne engagieren wollen. Wir bleiben nicht nur unter uns, sondern lassen uns bereichern. Wir wollen gemeinsam etwas erreichen.

Dabei bedienen wir uns zeitgemäßer Mittel, zu denen auch das Internet und die sozialen Netzwerke gehören. Nicht die Partei entscheidet darüber, wie Menschen angesprochen und organisiert werden wollen, sondern die Menschen entscheiden selbst darüber.
Wir berücksichtigen auch stets die veränderten familiären und beruflichen Umstände. Wir treffen uns zu Zeiten und an Orten, die auch berufstätigen Eltern passen. Und Kinder sind herzlich willkommen.

Da, wo Ortsvereine und Ansprechpartner fehlen, oder wo Ortsvereine nicht die gewünschten Themen abbilden, sorgen wir für Alternativen, zum Beispiel mit überregionalen Themenforen und mit Patenschaften. Etablierte Mitglieder (z.B. Abgeordnete) nehmen sich der Neumitglieder an, geben ihnen einen Einblick in ihre Arbeit, stellen Kontakte her und helfen bei der Mitarbeit.

Wir wollen mehr denn je zum Mitmachen einladen. Das bedeutet auch, offen für unterschiedliche Meinungen und Verhaltensweisen zu sein. Das halten wir nicht nur aus, sondern das wollen wir.
Menschen sehen unterschiedlich aus, leben, fühlen und denken unterschiedlich. Das ist das Leben. Und wir sind eine lebendige Partei, die unterschiedliche Menschen nicht nur respektiert, sondern sie als Bereicherung empfindet.

Seit unserer Gründung treiben wir die gesellschaftliche Debatte voran. Wir sind überzeugt, dass eine lebendige Demokratie nur als großes Gespräch der Gesellschaft funktionieren kann. Alles ist ansprechbar, alle können teilnehmen. Demokratie wurde auf dem Marktplatz erfunden. Und auch heute gehört sie auf die Marktplätze unserer Zeit.
Mit unserer Erfahrung und unseren Möglichkeiten wollen wir den Menschen, die unsere Grundüberzeugungen teilen, noch stärker als bisher eine Plattform bieten, sich Gehör zu verschaffen. Wir sehen uns als Partei in der Pflicht, die Vielfalt unserer Gesellschaft zu fördern. Und insbesondere auch diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die unterprivilegiert sind.

Mitglieder gewinnen und pflegen

Die SPD ist kein Wahlverein, sondern eine Mitgliederpartei. Wir sehen es deshalb als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für uns zu begeistern. Dafür kommt es darauf an, die neuen Mitglieder willkommen zu heißen und ihnen schnell zu ermöglichen, entsprechend ihrer Interessen mitzumischen. Kein neues Mitglied darf bei uns in der Warteschleife landen. Ihre Betreuung muss klare Qualitätskriterien erfüllen.

Die Mitgliederentwicklung wird auf allen Ebenen der Partei regelmäßig thematisiert. Die Ortsvereine nehmen sich Ziele vor und streben danach, sie zu erreichen. Sie ernennen Mitgliederbeauftragte, die von der Partei für ihre Aufgabe geschult werden.

Wir richten zudem eine bundesweite Servicestelle ein, deren Dienste alle Landesverbände und Bezirke in Anspruch nehmen können. Wer sich für Parteieintritt, Bildungsangebote und fürs Mitmachen interessiert, wird schneller als bisher an qualifizierte Kräfte vor Ort vermittelt. Die Servicestelle verbessert auch den Umgang mit ausgetretenen Parteimitgliedern. Sie fragt nach, kümmert sich darum, Probleme zu lösen und bemüht sich darum, ausgetretene Mitglieder zurückzuholen oder zumindest um eine „Trennung in Freundschaft" .

Mitglieder stärker beteiligen

Alle Mitglieder sind wichtig. Sie sind die Seele unserer Partei. Engagierte Mitglieder sind von unschätzbarer Bedeutung für unsere politische Arbeit und die Lebendigkeit unserer Organisation. Je mehr wir sind, desto besser können wir sein. Aber Engagement kommt nicht immer von allein. Es hängt auch von den Bedingungen ab,

die die Partei den Mitgliedern bietet. Und dazu gehört, wie sehr sie mitmachen und mit entscheiden können.

Wir wollen alle Mitglieder stärker an der Meinungs- und Willensbildung beteiligen. Insbesondere bei der Wahl von Vorsitzenden soll das Votum aller Mitglieder die Regel werden. Dazu nutzen wir die bereits vorhandenen Möglichkeiten von Mitgliederbefragungen, Vollversammlungen und Mitgliederentscheiden. Die formalen Verfahren werden einheitlich für alle Gliederungsebenen im Organisationsstatut geregelt.
Darüber hinaus wollen wir das Parteiengesetz so ändern, dass in Zukunft bei der Wahl von Vorsitzenden auch Urwahlen mit Briefwahl möglich sind.

Sachentscheidungen fallen in der Regel auf Delegiertenkonferenzen. Wir erweitern die jetzt für die Bundesebene vorgesehenen Möglichkeiten, Sachentscheide durch die Mitglieder herbeizuführen, auf alle Gliederungsebenen.

Die Möglichkeit der Beteiligung von Mitgliedern bei der Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate wollen wir entsprechend der jetzt bereits im Organisationsstatut möglichen Urwahl des Kanzlerkandidaten für alle Gliederungsebenen ausbauen. Unabhängig davon erfolgt die abschließende Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentlichen Ämter und Mandate durch Delegiertenkonferenzen, wenn Wahlgesetze dies erfordern.

Partei für Unterstützer öffnen

Jede Unterstützung macht uns stärker. Auch die Unterstützung von denjenigen, die erst mal nicht Mitglied werden wollen. Viele scheuen sich, unserer Partei beizutreten, obwohl sie uns nahe stehen und gleiche Ziele verfolgen. Zu einer Partei zu gehören, ist nicht immer eine leichte Entscheidung.

Wer nicht Mitglied sein will, möchte sich vielleicht trotzdem mit uns zusammen tun, um ein konkretes Ziel zu erreichen – selbst wenn es nur kurzfristig ist. Das fördern wir. Je breiter wir in der Bevölkerung verankert sind, umso erfolgreicher können wir sein.

Wir machen uns die Sachkenntnis und das Engagement all derer zunutze, die bereit sind, mit uns programmatisch an einem Strang zu ziehen. Wir brauchen auch diejenigen, die nicht an Gremienarbeit interessiert sind und die nicht in einer Partei aufsteigen wollen. Jeder soll sich so einbringen können, wie er oder sie will. Das stellt uns breiter auf, erhöht unsere Kompetenz und stärkt das Vertrauen in unsere Partei.

Es geht darum, unsere Partei offener zu gestalten. Dazu gehören Bürgerparteitage, bei denen sich auch Nichtmitglieder engagieren können. Wir laden zudem örtliche Initiativen ein, von unserem Wissen Gebrauch zu machen und mit uns gemeinsam Politik zu gestalten. Deshalb wollen wir auch Unterstützern verstärkt Antrags- und Rederechte auf unseren Parteiversammlungen einräumen.

Außerdem erhalten die Gliederungen die Möglichkeit, bei der Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate neben den Mitgliedern auch Sympathisantinnen und Sympathisanten im Rahmen einer Vorwahl zu beteiligen. Die Durchführung einer Vorwahl und die Beteiligung von Nichtmitgliedern unterliegen bundesweit einheitlich festgelegten Kriterien, die Missbrauch und Manipulation ausschließen. Über die Durchführung einer Vorwahl entscheidet der Vorstand der jeweiligen Gliederungsebene. Auch hier gilt, dass die abschließende Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate durch Delegiertenkonferenzen erfolgt, wenn Wahlgesetze dies erfordern.

Auf Bündnispartner zugehen

Viele Weisheiten sind zeitlos. Dazu gehört: Gemeinsam sind wir stark. Gerade die Sozialdemokratie hat zahlreiche mögliche Bündnispartner. Viele Organisationen teilen unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie unseren Einsatz für das Gemeinwohl. Das nutzen wir, indem wir Bündnisse mit ihnen eingehen.
Der Schulterschluss mit gesellschaftlichen Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien lässt alle Bündnispartner die Kraft und und das Glück von politischem Engagement erleben. Wir als Partei wollen hier nicht bestimmen, wir wollen ermöglichen und mitmachen. Und die gemeinsamen Anliegen in die Parlamente tragen. Und dadurch umso mehr erreichen.

Wir verstehen uns als Teil einer aktiven Bürgergesellschaft. Unsere Partei fördert eine Kultur des Zusammenwirkens. Wir gehen auf nahestehende Organisationen zu und bringen unsere unterschiedlichen Stärken zusammen. Basis für gute Zusammenarbeit ist, sich zu kennen und zu vertrauen. Deshalb ermöglichen wir den Mitgliedern uns nahestehender Organisationen, in unserer Partei stärker mitzuwirken. Sie sollen mitreden und auf allen Ebenen der Partei eigene Anträge stellen dürfen.

Ortsvereine stärken

Die politische Willensbildung findet in der SPD von unten nach oben statt. Unsere Ortsvereine sind dafür grundsätzlich der ideale Ausgangspunkt. Hier, in der Nähe der eigenen Haustür, sind politische Betätigungsfelder klar sichtbar, ob es um Schulen, Müllbeseitigung, Ausbildungsplätze oder den Zustand der Straßen geht. Ältere geben ihre Erfahrungen an Jüngere weiter, die unterschiedlichen Talente kommen zusammen, gemeinsam versuchen sie, ihr Lebensumfeld besser zu gestalten. Unsere Mitglieder sehen Erfolg und Misserfolg der eigenen Arbeit, wir erfahren wie wichtig es ist, andere zu überzeugen und dass es ohne die anderen nicht geht.
Nicht jeder Ortsverein kann jedoch optimale Bedingungen bieten und nicht jedes neue Mitglied möchte sich im Ortsverein engagieren. Aber wir bekennen uns dazu, den Ortsverein als Keimzelle unserer Partei so lebendig wie möglich zu gestalten.

Ortsvereine sollen politisch etwas bewirken, ihre Mitglieder sollen sich entwickeln können. Deshalb gehen sie stärker in die Öffentlichkeit. Treffen und Aktionen werden im Voraus bekannt gemacht, ebenso wie die daraus folgenden Ergebnisse. Medienarbeit hat einen hohen Stellenwert. Die Ortsvereine sind wahrnehmbar als Anlaufstation, Kümmerer, Bewirker und als Gemeinschaft Gleichgesinnter. Wir gehen dahin, wo Probleme sind, versuchen gerade mit denen ins Gespräch zu kommen, die sich von der Politik abgehängt fühlen. Wir vernetzen uns so gut wie möglich in ihrem Ort. Insbesondere mit nahestehenden Initiativen und Organisationen, die sie zu eigenen Veranstaltungen einladen und mit denen sie gemeinsame Aktionen planen. Dabei gehen wir von uns aus auf andere zu und versuchen in allen Bevölkerungsgruppen Mitmacher zu finden. Das bereichert nicht nur die Erfahrung, sondern erhöht unsere Durchschlagskraft. Insbesondere kleine Ortsvereine sind von aufwendigen Verwaltungsaufgaben befreit. Wir wollen Hilfsangebote schaffen zum Beispiel bei der Kassenführung und der Erstellung des Rechenschaftsberichtes.

Kommunalpolitik ist geerdete Politik

Erfolgreiche Politik bewährt sich im wahren Leben. Sie muss geerdet und nah bei den Menschen sein. Aus unserer Verwurzelung in den Städten und Gemeinden schöpfen wir Kraft und Orientierung. Unsere Kommunalpolitiker/-innen sind die Nervenenden der SPD in die Gesellschaft. Darum sind sie auf allen Ebenen wichtige Ratgeber für die sozialdemokratische Politik. Ihre Erfahrung und ihre Kompetenzen wollen wir in Zukunft noch stärker nutzen.

Die sozialdemokratischen Praktiker/innen der kommunalen Arbeit in den Städten und Gemeinden müssen mehr mitreden und mehr mitentscheiden können – auf allen Ebenen der Partei. Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) erhält darum Rede- und Antragsrecht auf den Parteitagen der SPD. Der Kommunalbeirat des SPD-Parteivorstands wird offziell in unseren Statuten verankert.

Auf den Bundesparteitagen soll er regelmäßig über seine Arbeit berichten und sich über eigene Anträge an der Meinungsbildung der SPD beteiligen.

Unterbezirke übernehmen neue Verantwortung

Die Unterbezirke sind das Scharnier unserer Partei nach unten wie nach oben. Ihr Engagement für unsere Partei wollen wir stärker als bisher unterstützen. Dazu trägt auch eine jährliche bundesweite Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden bei. Unsere Kreisverbände und Unterbezirke tragen Verantwortung für eine Stärkung der innerparteilichen Organisationskraft. Sie sind wichtig für die politische Debatte und unsere Kommunikation nach Außen. Um besonders aktive und innovative Kreisverbände dabei zu unterstützen, schaffen wir einen beitragsfinanzierten Innovationsfonds. Er soll Projekte und Veränderungsprozesse ermöglichen und unterstützen, nicht prämieren. Über die Vergabe der Mittel entscheidet der Parteivorstand.
Unterbezirke analysieren die organisationspolitischen Stärken und Schwächen vor Ort und entwickeln Lösungsvorschläge. Eine starke Organisation braucht starke Ortsvereine. Kann ein Ortsverein keinen handlungsfähigen Vorstand bilden, werden Ortsvereine zusammengelegt. Ortsvereine können sich auch Aufgaben teilen. Auch Patenschaften sind erfolgreich. Die Unterbezirke beurteilen das nicht rein formal nach der Anzahl der Mitglieder, sondern danach, wie leistungsfähig die Ortsvereine sind.

Zielgruppenarbeit schlagkräftiger machen

Die Mitarbeit in Ortsvereinen ist nicht die einzige Möglichkeit, um sich in der Partei zu engagieren. Wer neu zugezogen ist oder häufig umzieht, interessiert sich vielleicht weniger für lokale Themen. Und nicht jeder Ortsverein kann alle Interessen bedienen. Viele Parteimitglieder wollen sich mit Gleichgesinnten auch für übergeordnete

Themen und Projekte engagieren und das auch jenseits der klassischen Parteistrukturen.

Mitdenken, mitreden, mitgestalten – das sollen vor allem die Arbeitsgemeinschaften ermöglichen und Menschen mit einem gleichen inhaltlichen Interesse zusammenbringen und ihre Kompetenzen und Erfahrungen nutzen. Künftig sollen inhaltliche Themenforen hinzukommen, die sich auf den unterschiedlichen Ebenen mit Rede- und Antragsrecht ausgestattet organisieren können. In ihnen finden sich auf Lokal-, Landes- und Bundesebene Gleichgesinnte, um zu ihrem Anliegen etwas zu bewegen. Die Arbeitsgemeinschaften und Themenforen übernehmen außerdem eine besondere Verantwortung für den gesellschaftlichen Dialog und die Vernetzung der SPD mit ihren Zielgruppen. Deshalb sind auch Nicht-Parteimitglieder willkommen. Sie haben innerhalb der Themenforen die gleichen Rechte wie Parteimitglieder. Um ihre Mitarbeit wollen wir aktiver werben.

Um das Engagement in Arbeitsgemeinschaften und Themenforen zu erleichtern und anzuregen, fragen wir alle Mitglieder, in welcher AG oder in welchem Themenforum sie mitarbeiten wollen. Dadurch wird die Zielgenauigkeit ihrer Arbeit innerhalb und außerhalb der Partei gestärkt.

Im Netz vernetzen und Menschen vernetzen

Das Internet ist eine große Chance für die Demokratie. Und damit für die politische Arbeit. Durch das Internet lässt sich schneller, direkter, breiter kommunizieren. Mehr Menschen denn je zuvor können sich an politischen Prozessen beteiligen. Die Kraft der Ideen und Worte wird zunehmend wichtiger als der Rang derjenigen, die sie äußern. Selbst Unbekannte können Umwälzendes bewegen. Die Freiheitsbewegung in der arabischen Welt ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel.

Für uns ist es selbstverständlich, die Chancen dieses Mediums auszuschöpfen. Unser moderner Internetauftritt spd.de ermöglicht bereits einen schnellen Gedankenaustausch. Dadurch erreichen wir auch Menschen, mit denen wir ansonsten nicht so leicht ins Gespräch kommen würden, insbesondere jüngere Menschen.

Für die Parteiarbeit eröffnen sich neue Möglichkeiten. Unsere Mitglieder können jederzeit untereinander in Kontakt treten, unabhängig davon, wann sie Zeit haben und wo sie wohnen. Für viele wird politische Arbeit dadurch erst möglich. Wer sich nicht im Ortsverein engagieren will, kann sich online das sinnvollste Mitmachangebot suchen. Dort lässt sich schnell und bequem herausfinden, mit wem es „klick" macht. Menschen, die sich nicht persönlich kennen, aber gemeinsame Interessen haben, können zusammen finden. Sie treffen sich im Netz, um real etwas zu bewegen. Und bahnen auch persönliche Treffen an. Das Internet kann Begegnungen von Auge zu Auge nicht gleichwertig ersetzen. Aber wir nutzen die Kommunikationsmöglichkeiten des Internet, um Gleichgesinnte zusammen zu bringen und Kompetenzen zu bündeln. Wir unterstützen zum Beispiel die Entwicklung von Initiativen und Anträgen im Netz und verbinden dies mit Antrags- und Rederechten für die Initiatoren auf Delegiertenkonferenzen und Parteitagen.

Ehrenamtliche Arbeit erleichtern – Hauptamtliche stärken

Tausende Mitglieder engagieren sich für unsere gemeinsame Sache in ihrer Freizeit, oft nach langen Arbeitstagen und obwohl sie familiär und in anderen Ehrenämtern eingebunden sind. Ehrenamtliche sollen in Zukunft besser auf wichtige, aufgabenbezogene Informationen zurück greifen können, ob es um Hintergrundinformationen oder Kontaktdaten zu wichtigen Ansprechpartnern geht. Dafür werden die rechtlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen.
Unsere aktiven Mitglieder sind eine wesentliche Stütze unserer Partei. Ohne sie könnten wir nicht erfolgreich sein.

Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in unserer Partei von grosser Bedeutung. Sie sind Parteimanager mit hoher Kompetenz, hochmotiviertem und motivierendem Engagement sowie wertvollen Erfahrungen. Ihre Aufgaben sind vielfältig und anspruchsvoll. Sie unterstützen die aktiven Parteimitglieder auf allen Ebenen bestmöglich. Wir verpflichten uns, hauptamtlichen Mitarbeitern bestmögliche Arbeitsbedingungen und Qualifizierungsangebote anzubieten.

Die Finanzkraft unserer Partei ist begrenzt und damit auch die Präsenz von hauptamtlich besetzten Büros der SPD vor Ort. Wir tun deshalb alles, um die vorhandenen Ressourcen effizient und auf hohem professionellen Niveau zur Unterstützung der Parteiarbeit vor Ort einzusetzen.

Fähigkeiten ausbilden

Wir sind nicht nur eine soziale Bewegung, wir sind auch eine Bildungsbewegung. Unser Ideal war immer der umfassend gebildete Mensch. Für uns ist klar: die Umstände, in die ein Mensch hineingeboren wurden, dürfen nicht das Schicksal eines Menschen bestimmen. Lebenschancen sind veränderbar. Dafür braucht es gute Bildung und Ausbildung.
Dieser Anspruch an unsere Gesellschaft richtet sich auch an unsere Partei. Innerparteiliche Bildung ist für uns eine besondere Verpflichtung. Sie muss ein Markenzeichen der SPD sein. Dazu gehört, unseren Mitgliedern breites Wissen über die Geschichte und das Programm der SPD zu vermitteln. Und sie für politisch verantwortungsvolle Aufgaben zu schulen. Das gilt insbesondere für Ortsvereinsvorsitzende, die zu den wichtigsten Repräsentanten in der Gesellschaft gehören. Sie müssen sich deshalb beispielhaft qualifizieren. Dabei helfen Bildungs- und Mitgliederbeauftragte der Partei. Außerdem wollen wir eine Online-Akademie für Nachwuchskräfte in unserer Partei anbieten.

Politische Personalplanung und Nachwuchsförderung ist eine der zentralen Führungsaufgaben auf jeder Parteiebene. Alle Parteifunktionäre sind in der Pflicht, politische Talente zu erkennen und zu fördern. Hauptamtliche brauchen und erhalten besondere Qualifizierungsangebote.

Die SPD weiblicher machen

Frauen machen einen positiven Unterschied. Organisationen mit einem hohen Anteil von weiblichen Führungskräften sind erfolgreicher und leistungsfähiger. Hinzu kommt: Die Mehrheit der Bevölkerung will sich in der Politik auch personell repräsentiert sehen. Eine Partei mit den Regeln einer Männerpartei kann nicht Volkspartei sein.
Im Grundgesetz steht: Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden. Das ist einer der fundamentalen Sätze unserer Verfassung. Es darf daher nicht allein gutem Willen oder Zufällen überlassen bleiben, dass Frauen gleichberechtigt sind. Auch nicht in Parteien. Deshalb hat die SPD als erste Partei eine Geschlechterquote eingeführt, die faktisch wie eine Frauenquote wirkt.

Nach vielen Jahren guter Erfahrungen mit der Quote merken wir aber auch, dass dies noch nicht reicht. Die SPD muss weiblicher werden. Bei den nächsten Bundestagswahlen müssen 40 Prozent der sozialdemokratischen Direktkandidaten Frauen sein, auch in aussichtsreichen Wahlkreisen. Neue Bundestagskandidatinnen werden wir aktiv unterstützen. Wir verändern uns am effektivsten vor Ort. Die Vorsitzenden der Unterbezirke tragen eine besondere Verantwortung für die Wahl- und Nominierungsverfahren. Es liegt an ihnen, mehr denn je Frauen zu fördern.
Wir müssen aber auch die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen bei uns engagieren wollen. Dazu gehören eine offene Diskussionskultur, spannende Beteiligungsformen, weniger Zeitverschwendung durch langwierige Sitzungen sowie eine bessere Vereinbarung der politischen Arbeit mit Familie und Beruf. spd.fem-net ist ein zeitgemäßes Beispiel dafür.

Vielfalt gestalten, Aufstieg ermöglichen

Die SPD ist die Partei in Deutschland, die sich für soziale Gerechtigkeit in einer offenen und solidarischen Gesellschaft einsetzt. Das bedeutet, allen Menschen, die in unserem Land leben, gleiche Chancen zu geben, unabhängig von ihrer Herkunft. Das ist unser historisches Selbstverständnis und Auftrag für die Zukunft zugleich.
Als Partei gehen wir mit gutem Beispiel voran. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung in unserem Land zusammen leben, müssen wir vielfältiger werden, um Volkspartei zu bleiben. Wir eröffnen deshalb Menschen, die oder deren Vorfahren nach Deutschland eingewandert sind, bessere Chancen denn je, in unsere Partei einzusteigen und aufzusteigen.
Die SPD setzt sich das Ziel, dass in allen Führungsgremien der Bundespartei zukünftig mindestens 15% der Mitglieder über eine Migrationsgeschichte verfügen. Alle anderen Parteigliederungen sollen auf ihre konkrete Situation bezogen eigene Ziele abstecken.

Um das zu unterstützen, werden Mitarbeiter und Funktionsträger der SPD geschult, um Migranten und Aussiedler zu werben. Zudem qualifizieren wir Migranten und Aussiedler, um ihre Aufstiegschancen in der Partei zu erhöhen. Wir vertiefen außerdem den Dialog mit Migrantenorganisationen und weiteren Bündnispartnern in diesem Bereich.

Neues Vertrauen erarbeiten

Die Sozialdemokratie ist als Bewegung entstanden, auch um denjenigen eine Stimme zu geben, die ansonsten nicht gehört werden. Das wollen wir nicht nur ermöglichen, sondern aktiv fördern. Wir akzeptieren keine demokratiefreien Zonen, in denen sich

die Menschen enttäuscht von jeglicher politischen Willensbildung zurückziehen. Wir sind vor Ort, hören zu und helfen – auch denen, die nicht Mitglieder sind. Es geht zuallererst um die demokratische Kultur in unserem Land und dann um unsere politischen Angebote und Inhalte.

Natürlich wollen wir auch neue Mitglieder gewinnen. Das erreichen wir am ehesten, wenn wir dazu beitragen, die konkreten Lebensbedingungen zu verbessern, wenn wir zeigen: Politik macht einen positiven Unterschied. Speziell ausgebildete haupt -bzw. ehrenamtliche Aktive (‚Organizer') gehen gezielt auf Menschen zu. Besonders da, wo sich viele unserer Anhängerinnen und Anhänger schon lange nicht mehr zugehörig fühlen. Das ist dauerhafte Vertrauensarbeit. Für die Ausbildung von ‚Organizern' wollen wir in der Partei die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Ziel ist es, die Anregungen der Menschen vor Ort aufzugreifen und die Wahlbeteiligung und damit die aktive Teilnahme an unserer Gesellschaft zu verbessern.

Solide Finanzen

Unsere Partei, die mehr denn je zum Mitmachen und Mitgestalten einlädt, muss dafür finanziell gerüstet sein.

Unsere Einnahmen stammen überwiegend aus Beiträgen unserer Mitglieder und unserer Mandatsträger. Auch die meisten Spenden kommen von unseren eigenen Mitgliedern.
Das zeigt eine besondere Verbundenheit unserer Mitglieder zu unserer Partei und ist ein Alleinstellungsmerkmal der SPD. Daraus ergibt sich eine besondere Verpflichtung unserer Partei gegenüber unseren Mitgliedern. Sie sollen sich nicht überfordert fühlen.

Die Mitgliedsbeiträge richten sich deshalb nicht starr nach der Höhe des Einkommens, sondern nach dem Wert, den die Mitglieder der Mitgliedschaft beimessen. Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten selbst ein.

Abgeordnete und Parteimitglieder, die finanziell von ihrer politischen Position profitieren, sind besonders in der Pflicht. Für sie gilt eine gesonderte Beitragstabelle.

Vorwärts

Die SPD betreibt mit dem Berliner vorwärts Verlag ein modernes Medienhaus, dessen Hauptaufgabe die publizistische Bindung und Information für die SPD-Mitglieder ist. Darüber hinaus unterstützt, verstärkt und initiiert der vorwärts Verlag mit seinen verschiedenen Publikationen politische Debatten innerhalb und außerhalb der Partei. Als publizistisches Vorfeld und als zentrales Medium für Mitgliederinformation und Mitgliederbindung ist der vorwärts Verlag ein unverzichtbarer Bestandteil sozialdemokratischer Kommunikation.

Erneuerung der Parteigremien

Die SPD braucht auf allen Ebenen Führung und Gremien, die der Partei Orientierung geben, Meinungsbildung und Entscheidungsfindung mit einer umfassenden Teilhabe der Mitglieder organisieren, Ziele und Beschlüsse der SPD in der Öffentlichkeit und in den Medien erfolgreich vermitteln und die SPD schlagkräftig im Wettbewerb mit der politischen Konkurrenz vertreten. Effiziente Führungsstrukturen und die klare Zuordnung von Themen und Verantwortlichkeiten zu Personen schaffen die Voraussetzungen und stärken die öffentliche Wahrnehmung der SPD.

Die Leitung der Partei auf Bundesebene obliegt dem Parteivorstand. Er besteht aus 20 Mitgliedern und tagt in der Regel monatlich. Die Mitglieder des Parteivorstandes übernehmen jeweils die Zuständigkeit für einen Themenbereich. Weitere beratende Mitglieder kann der Parteivorstand hinzuziehen.

Das Parteipräsidium sorgt für die Durchführung der Parteivorstandsbeschlüsse und führt die laufenden politischen und organisatorischen Geschäfte der Partei. Ihm gehören gehören der/die Parteivorsitzende, der/die Generalsekretär/in, fünf stellvertretende Vorsitzende, der/die Schatzmeister/in und der/die Verantwortliche des Parteivorstandes für die Europäische Union an. Das Präsidium tagt wöchentlich.

Wichtig für den Erfolg der SPD ist eine enge Koordinierung der Arbeit zwischen den politischen Ebenen. Deshalb wird ein Länderrat gebildet, der mindestens zweimal im Jahr zusammenkommt. Ihm gehören der Parteivorstand, die Landes- und Bezirksvorsitzenden, die SPD-Ministerpräsident/innen und stellv. Ministerpräsident/innen, die Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen, der Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und der Vorstand der SPD-Gruppe im Europaparlament an. Der Vorsitz des Länderrates wechselt zwischen den Landes- und Bezirksvorsitzenden. Einmal im Jahr tagt außerdem eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden.

Der ordentliche Bundesparteitag tagt alle zwei Jahre. In den Zwischenjahren findet ein Kleiner (Arbeits-) Parteitag zu Themenschwerpunkten statt.

Verändern, um erfolgreich zu sein

Die Sozialdemokratie ist die Demokratie- und Freiheitsbewegung in unserem Land. Wir haben 1863 als Arbeiterverein und Arbeiterpartei begonnen und sind eine große

Volkspartei geworden. Unsere Mitglieder mussten im Untergrund leben und durften unser Land regieren. Uns gibt es deshalb so lange, weil wir uns immer verändern.

Diesmal ist die Zeit gekommen, unsere organisatorische Kultur zu verändern. Denn selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger wollen sich mehr denn je aktiv an der politischen Gestaltung beteiligen, um unsere Gesellschaft lebenswerter zu machen. Und zu viele klinken sich aus dem politischen Gespräch aus, weil sie keine Chancen mehr auf echte Beteiligung sehen

Das vorliegende Programm ist nicht nur Vorlage für Satzungsänderungen, sondern für einen Wandel unserer Kultur. Deshalb ist dieses Programm nicht das Ende, sondern der Ausgangspunkt für die Reform unserer Partei. Lebendig zu sein bedeutet, sich zu verändern.